

Deutschland.

Berlin, 19. April. Zu dem bevorstehenden Vermählungs-
feste treffen mit dem Könige der Belgier nur der Herzog und die
Herzogin von Sachsen-Coburg-Gotha und der Erbprinz und die
Erbinprinzessin von Anhalt hier ein. Andere hohe Gäste werden
nicht erwartet.

Die Pariser Blätter leugnen nicht, daß Frankreich rüstet;
die halbamtliche „Patrie“ giebt dies ausdrücklich zu. Es scheint
gleichzeitig auf Erhöhung des Armeestandes und auf Armirung der
östlichen Festungen abgesehen zu sein. In Metz und Straßburg
sind Erweiterungsbauten seit längerer Zeit im Zuge und wird jetzt
dem Ansehe nach rastlos dahin gearbeitet, die Werke zur armir-
ten; das Gleiche findet, wie aus Thionville berichtet wird, in allen
Festungen an der Mosel und Maas statt und endlose Wagenzüge
befördern, wie ein Korrespondent der „Köln. Ztg.“ mittheilt, das
Material nach diesen Plätzen. Bezüglich der Erhöhung des Trup-
penstandes und der Konzentration der Armee nach gewissen Punk-
ten hin circuliren vorläufig nur unverbürgte Gerüchte, unter denen
eines, demzufolge die Ueberstellung des größten Theiles der algie-
rischen Armee nach Frankreich angeordnet wäre, das bedeutsamste
ist, doch lassen sich zur Bestätigung dieser Gerüchte noch keine
Thatfachen anführen. Jedenfalls sind die Rüstungsmaßregeln, da
einmal eine Differenz vorhanden, durch den unfertigen Zustand der
französischen Armee gegenüber der leicht zu bewirkenden Kriegsbe-
reitschaft auf deutscher Seite so erklärlich und natürlich, daß man
daraus keineswegs auf eine direkte Offenstoaßsicht Frankreichs schlie-
ßen darf. Die „Patrie“, welche, wie erwähnt, die Rüstungen zu-
läßt, glaubt in denselben eher eine Bürgschaft für den Frieden
als eine Gefahr für denselben erblicken zu sollen. Die „Patrie“
ist der Ansicht, daß die diplomatischen Verhandlungen von Frank-
reich erst dann mit voller Ruhe und Besonnenheit geführt werden
könnten, wenn das Land sich für jede Eventualität vorbereitet, jeder
Gefahr gewachsen sei. Dazu bemerkt die „N. A. Ztg.“: Wir
wollen die Nichtigkeit der Argumentationen der „Patrie“ nicht be-
streiten. Wenn die französische Regierung den ruhigen Verlauf der
diplomatischen Verhandlungen von der militärischen Stärke Frank-
reichs abhängig glaubt, wenn sie es für nötig hält, die aufgeregte
Stimmung im Lande dadurch zu beschwichtigen, daß sie sich hin-
länglich gerüstet zeigt, um Frankreichs Ehre gegen jeden Angriff
sichern zu können, so vermögen auch wir in diesem Vorgehen noch
keine ernste Gefährdung des Friedens zu erblicken und wir sind
nicht der Ansicht, daß man in Deutschland sich darüber beunruhigen
müßte. Es fällt Niemandem ein, der Ehre oder berechtigten
Interessen Frankreichs irgendwie zu nahe zu treten; ein derartiger
Anlaß zur Störung des freundschaftlichen Einverständnisses kann
daher um so weniger befürchtet werden, als direkte Verhandlungen
über die Zukunft Luxemburgs noch gar nicht eingeleitet sind, mit-
hin auch dieses allgemein für gefährlich gehaltene Substrat noch
fehlt. — Die oppositionelle Presse Frankreichs, namentlich die „Li-
berté“ und die „Opinion nationale“ fahren indessen unermüdet in
Aufreizungen gegen Deutschland fort. Dagegen bemühen sich die
der Regierung näher stehenden Journale in Paris, die öffentliche
Meinung zu beruhigen. Die „Patrie“, das „Pays“ und die „France“
sprechen übereinstimmend die besten Hoffnungen auf eine friedliche
Lösung der Frage aus und das letztere Blatt dementirt gleichzeitig
das vom „Journal de Bar le Duc“ mitgetheilte Märchen von der
Verhaftung zweier preussischen Offiziere in Thionville. Nach einem
Telegramm der „Zand. belg.“ aus dem Haag hat sich der luxem-
бургische Ministerpräsident, Baron Tornaco, nach einer längeren
Konferenz mit dem König von Holland und dem Prinzen Heinrich
nach Paris begeben und soll diese Reise den Zweck verfolgen, den Kai-
ser Napoleon zu bewegen, daß dieser die mit dem Könige der Nie-
derlanden wegen Luxemburgs gepflogenen Vorbesprechungen für un-
geschehen ansehen möge.

In der luxemburger Frage, sagt die „Zeidl. Corr.“, sind
Symptome, welche auf deren weiteren Verlauf schließen lassen könn-
ten, nicht zu notiren. Zwar spricht man von einem internationalen
Schiedsgericht, welches von Frankreich und Preußen angerufen
werden würde; aber die Unwahrscheinlichkeit dieses Gerüchtes scheint
auf der Hand zu liegen. Ein solches wäre nur denkbar, wenn be-
reits bestimmte Forderungen gestellt wären, welche einer quantita-
tiven Abwägung fähig wären und daher einem Schiedsgericht un-
terliegen könnten. Bis jetzt handelt es sich nur um Ansichten, um
Auffassungen, zu welchen man sich bekannt hat, oder welche man
extrahiren will. Andererseits hat sich in die Frage eine nationale
Erregung gemischt, welche einen Schiedspruch schon gar nicht er-
trägt. Mindestens werden zwei so lebenskräftige und ihrer Macht
bewusste Nationalitäten, wie die Deutsche und Französische, die Ent-
scheidung über das, was jede als ihr Recht beansprucht, nimmer-
mehr einer dritten Nationalität überlassen.

Die Regierungsbevollmächtigten, die Bundes-Kommissare,
die Reichstags-Abgeordneten haben jetzt Berlin sämmtlich verlassen.
Am Mittwoch fanden in verschiedenen Hotels noch solenne Abschieds-
diners statt. Im Hotel Royal war die Fraktion der freien kon-
servativen Vereinigung versammelt. Das Hoch auf den König brachte
Herzog v. Ujest aus und den Grafen Bismarck ließ der Graf von
Bethusy-Huc hochleben.

Der „N. Pr. Ztg.“ schreibt ein Pariser Korrespondent vom
16. April: Ein offizielles Blatt giebt auf die Frage, was es unter
einer der von ihm betonten „Würde Frankreichs“ entsprechenden
Lösung verstehe, folgende Antwort: „Die Räumung der Festung
Luxemburg und die Uebergabe dieses Platzes — ohne Bedingungen
— an den Großherzog. Nachdem das Terrain so gesäubert
ist (le terrain ainsi deblayé), wird der Großherzog von seinen
souveränen Rechten den ihm beliebigen Gebrauch machen, im Ein-
verständnis mit den Unterzeichnern des Vertrages von 1839 und

mit dem Wunsche der in Freiheit und außerhalb des Druckes der
fremden Truppen befragten Bevölkerungen.“ — So das offizielles
Blatt. Ich müßte mich sehr irren, oder diese Erklärung spiegelt
die Ansicht des Tuillerien-Kabinetts ziemlich getreu wieder, und ich
muß es Ihrer Beurtheilung überlassen, ob und in wiefern auf
diesem Boden eine „nach allen Seiten hin befriedigende“ Lösung
der luxemburgischen Frage ermöglicht werden kann. Dazu bemerkt
die „N. Pr. Ztg.“ treffend: „Wir können hierauf nur erwidern,
daß nicht Frankreich allein eine Würde hat, sondern auch Preußen.
Meint wirklich irgend ein verständiger Mensch in Frankreich, daß
es der „Würde Preußens“ entspreche, auf eine Forderung von
Paris kurzweg eine Festung zu räumen, die wir seit fünfzig Jahren
von Rechtswegen besetzt halten? Oder besteht die „Würde Frank-
reichs“ darin, die „Würde“ anderer Mächte zu misshandeln und zu
verlegen? — Wer Verhandlungen anfängt mit unberechtigten und
unerfüllbaren Forderungen, der mag immerhin wissen, warum er
das thut; nur muß er uns nicht einreden wollen, daß es ihm auf
eine friedliche Lösung ankomme.“

Von denjenigen Mitgliedern des Reichstages, welche in
der 34. Sitzung für das Amendement der Abgeordneten von Ujest
und v. Bennigsen stimmten, gehören folgende Herren: Dr. Gneist,
v. Henning, Hinrichs, Ranngeher, Lasker, Dr. Lette, Michaelis,
Reichenheim, Ersten, v. Unruh (Magdeburg) und Baron v. Baer,
der national-liberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses an. Außer-
dem stimmte noch für dies Amendement der Präsident des Abge-
ordnetenhauses Herr v. Jordanbeck, der im Abgeordnetenhause keiner
Fraktion angehört. Rechnet man zu diesen Herren die 121 Mit-
glieder der Fraktion der „Konservativen“, ferner die 16 Mitglieder
der „Fraktion der freien konservativen Vereinigung“, die 23 Mit-
glieder der „Fraktion der Liberalen“ und endlich die 4 Stimmen
der Minister, welche gleichzeitig Mitglieder des Abgeordnetenhauses
sind, so würde dies schon jetzt eine Zahl von 177 Stimmen, also
die absolute Majorität des Abgeordnetenhauses ergeben, und somit
die Annahme des Amendements bei den Beratungen des Abge-
ordnetenhauses gesichert sein, ohne daß einmal diejenigen Stimmen
in Anschlag gebracht würden, welche das Amendement noch von
den übrigen Mitgliedern der national-liberalen Fraktion des Abge-
ordnetenhauses, wie auch von der (katholischen) Fraktion des Cen-
trums erhalten dürfte.

Die Abgeordneten Schanze-Dehlich und Franz Dunder
haben ihren Austritt aus dem Ausschusse des Nationalvereins dem
Vorstande, Herrn v. Bennigsen, angezeigt.

Aus Dresden vom 17. April berichten die „Dresdener
Nachrichten“: „Von heute an beziehen unsere sächsischen Truppen
die Schanzenwachen. Bereits gestern sind zwei Unteroffiziere, ein
Feldwebel und ein Korporal von der 1. Infanterie-Brigade ein-
getroffen, welche hierher kommandirt sind als ständige Schanzen-
Aufseher.“

Der „Allgemeinen Zeitung“ wird aus Berlin, 14. April,
geschrieben: „Ergenwärtig scheint auch in denjenigen Kreisen,
welche bisher eine Preisgebung Luxemburgs befürworteten, ein Um-
schwung eingetreten zu sein. Die Gefahr vor einer Abtretung
Luxemburgs an Frankreich ist, Dank den nationalen Gesinnungen,
welche die höchsten und die militärischen Kreise beleben und welche
in der Kundgebung des Reichstages wie in der mannhaften Haltung
der unabhängigen Presse einen so kräftigen Ausdruck gefunden ha-
ben, wohl als beseitigt zu betrachten.“

Kiel, 17. April. Es herrscht noch immer Unsicherheit, ob
ein größeres Marine-Etablissement bei Friedrichsort errichtet wer-
den wird; daß Kiel eine Flottenstation bleibt, ist ausgemacht, aber
ob nicht doch das Centrum der Etablissements an der Nordsee nach
Geestemünde kommen wird, soll nach von fernerer Entscheidung ab-
hängen. Admiral Jachmann befindet sich zu wichtigen Verhand-
lungen in Berlin. Generalleutnant v. Kaiser, Inspektor des
Geniewesens, wird morgen hier von Rendsburg eintreffen, wo er
genaue Inspektion gehalten hat. Man schmeichelt sich in Rends-
burg mit der Hoffnung, die Stadt werde Waffenplatz ersten Ran-
ges werden; daß sie Depot des gesammten IX. Armeekorps sein
wird, geht aus dem vielen Material hervor, welches dort in letz-
terer Zeit zusammengebracht ist und das theilweise aus eroberten
hannoverschen und österreichischen Munitionswagen, Lafetten zc. be-
steht. General v. Kaiser wird auch Friedrichsort inspizieren und
vermutlich wird sein Urtheil über verschiedene noch auszuführende
Arbeiten von besonderem Gewicht sein.

München, 16. April. Die Entsendung des Grafen von
Tauffkirchen in außerordentlicher Mission nach Berlin macht großes
Aufsehen und wird mit den Verhandlungen über einen engeren
Anschluß der süddeutschen Staaten an den norddeutschen Bund in
Verbindung gebracht. Graf v. Tauffkirchen ist Rath im auswärtigen
Ministerium und soll, wie die Gerüchte sagen, mit der preus-
sischen Regierung die Grundlagen der organischen Verbindung vor-
bereiten, in welche Süddeutschland zu dem norddeutschen Bunde zu-
treten beabsichtigt. Die Vertragsverhandlungen wurden bis zum
Abschluß der Konstituierung des norddeutschen Bundes vorbehalten,
sollen nun aber unverzüglich in's Werk gesetzt werden.

Wien, 16. April. Der „N. Fr. Pr.“ wird zur Luxem-
burger Frage folgendes geschrieben: „Das österreichische Kabinet
hat, als es seine Neutralität auszusprechen sich verpflichtet erachtete,
sich gleichwohl nicht zur Rolle eines bloßen Zuschauers in dem
Luxemburger Konflikt verurtheilen wollen; ich höre vielmehr zuver-
lässig, daß seine Diplomatie aus eigener Initiative bereits in Ber-
lin sowohl als in Paris bestimmte Schritte gethan hat, um für
einen friedlichen Ausgleich den Boden zu finden. Welcher Art
seine Vorschläge sind, vermag ich nicht zu sagen; aber ich glaube
sicher zu wissen, daß sie sich nicht auf der Grundlage der Neutra-

lisierung Luxemburgs bewegen.“ Die „N. Fr. Pr.“ bemerkt dazu:
Wie wir von anderer Seite vernehmen, besteht der Preussische Vor-
schlag, welcher in Berlin und Paris gemacht wurde, in Folgendem:
Das Großherzogthum Luxemburg sammt Festung wird zu Belgien
geschlagen und dagegen von Belgien jener strategisch wichtige, in
der Kriegsgeschichte oft genannte Gebietstheil an Frankreich abge-
treten, welcher in dem südlich von Namur gelegenen, von der
Sambre und Maas gebildeten Winkel liegt und von der Festung
Marienburg beherrscht wird. Wie dieser Vorschlag in Paris auf-
genommen wurde, wissen wir nicht; in Berlin hat Graf Bismarck
geantwortet: Der König könne sich, bevor er nicht die Meinung
der anderen Mitunterzeichner der Verträge von 1839 eingeholt,
nicht äußern. In Wien betrachtet man diese preussische Antwort
als eine Ablehnung.

Brüssel, 17. April. Der zweite internationale Studenten-
kongress ist am Sonntag eröffnet worden. Es scheint, daß man
sich die übeln Folgen des ersten Kongresses zur Lehre genommen
hat, denn die Versuche einiger französischen Studenten, das Pro-
gramm abzuändern und die bei dem ersten Kongresse in Lüttich
verhandelten politisch-socialen Fragen wieder zur Diskussion zu brin-
gen, sind gescheitert. Die in Folge des bekannten politischen Pro-
zesses wegen Bildung einer geheimen Verbindung in Paris in Ste.
Vélagie gefangenen französischen Studenten haben der Versamm-
lung durch einen ihrer Kollegen einen brüderlichen Gruß gesandt.

Paris, 16. April. (Sp. 3.) Obgleich die zuletzt notirten
Course der Börse ein nicht unbeträchtliches Sinken der Rente an-
zeigen, war die Stimmung der Finanzwelt gerade am Schlusse
besser geworden und hatte nach dem, das Ende verkündenden,
Glockenzeichen noch eine Steigerung hervorgerufen. Der unange-
nehme Eindruck war entstanden durch das im „Moniteur“ enthal-
tene Dekret wegen Erhöhung der Loskaufsummen, und namentlich
durch Bekanntwerden der Thatfache, daß die Regierung Pferdean-
käufe zu unbegrenzten Preisen angeordnet hat. Um Pferde so viel
wie möglich verfügbar zu erhalten, ist auch beschlossen worden, die
Muskelförps der Kavallerie-Regimenter aufzuheben, und es sind den
Gendarmen in den kleineren Ortshaften Befehle zugegangen, wo-
nach sie ihre Pferde sofort an die Depots in den Bezirks-Haupt-
orten abzuliefern haben. Hierauf beschränken sich für heut die
Kriegssymptome. Vergebens warteten die wenigen Personen, welche
der „France“ Glauben schenken, auf die von Lagouerronniers's
Blatt angekündigte Mittheilung der Regierung im geschehenden
Körper. Letzterer hat sich bis zum 25. vertagt, ohne über die
Absichten der Tuilleries besser als bisher unterrichtet zu sein, und
einige malen sowohl aus der Dauer der Verfassung, als aus dem
Stillstehenden Rouber's und der Abreise des Marq. Lavalette nach
Bergerac auf friedliche Aussichten schließen. Allein es ist nicht zu
übersehen, daß mit Hilfe des Telegraphen und der Eisenbahn
sämmliche Abgeordnete binnen zweimal 24 Stunden wieder in
Paris sein können. Im Kriegs-Ministerium ist Alles fertig. Als
Führer von Armeekorps werden bezeichnet: die Marschälle Mac
Mahon, Forey und Bazaine, als Divisionäre Trochu, Bourbaki
und Roche-Bouet; Graf Pallkas ist entschieden zu alt. Eine ganz
neue Erscheinung ist der Eiser, mit welchem Einpöcher von Paris
zum Dienst in der Nationalgarde herangezogen werden; sogar hier
ansässige Deutsche, welche auf ihre Nationalität keineswegs ver-
zichtet und noch viel weniger Naturalisirung nachgesucht haben,
sind unter Androhung von Strafe — wahrscheinlich aus Irrthum
— zur Einstellung beordert. Wohl ist der Augenblick schlecht ge-
wählt, die hier lebenden Ausländer zu bewaffnen.

Die Königin von Holland soll in Briefen an Pariser
Freunde hoch und theuer versichert haben, ihr Gemahl habe Luxem-
burg bloß auch Furcht vor Preußen dem Kaiser angeboten, um
sich damit gegen den annexionsüchtigen Grafen Bismarck einen
Schirmberken zu erkaufen; an irgend ein Geldgeschäft habe seine
Seele nie gedacht. Ob die bekannte Pariser Dame das Gleiche
gleich ehrlich versichern kann?

Der „Estandard“ meldet, daß der Kaiser und die Kaiserin
von Rußland diesen Sommer nach Kissingen und dann, wie es
heißt, zur Ausstellung nach Paris kommen werden. — Ueber den
Besuch des portugiesischen Hofes in Paris erfährt die „Patrie“,
daß der König von Portugal, die Königin und der Infant Don
August, Herzog von Coimbra, in Begleitung ihres Gefolges am
25. d. M. ihre Kapitale verlassen werden. Zwei oder drei Tage
werden sie in Madrid weilen und sodann nach Paris kommen.

Das ministerielle Rundschreiben im heutigen „Moniteur“,
das die Prämie für die Befreiung vom Militärdienste auf 3000
Franken festsetzt, hat einen peinlichen Eindruck hervorgerufen.
Dieser hohe Preis stellt nicht allein den Krieg in nähere Aussicht,
sondern wird auch Vielen, die auf 2100 Franken, auf welche die
diesjährige Prämie zuerst festgesetzt war, gerechnet hatten, den Los-
kauf unmöglich machen. Die Regierung hat dadurch einen doppel-
ten Vortheil. Die Zahl der jungen Leute, welche in den mili-
tärlichen eintreten müssen, wird größer sein, und der hohe Preis
von 3000 Franken eine größere Anzahl der Leute, die nächsten
Juli ihre sieben Jahre gedient haben, verlocken, sich von Neuem
anwerben zu lassen. Unter den obwaltenden Umständen wird man
es natürlich mit den hunderttausend Mann, aus denen das Kon-
tingent besteht, nicht so genau nehmen und alles unter den Waf-
fen halten, was sich nicht loskaufen kann oder sich anwerben lassen
will. Der Preis von 3000 Franken für einen Soldaten ist hoch.
Letztes Jahr während des preussisch-österreichischen Krieges kostete
der Mann nur 2300 Franken, und während des italienischen Krie-
ges, bei dem Frankreich direkt betheiltig war, war der Preis 2500
Franken. Es ist das erste Mal, daß der Ersatzmann so hoch ge-
schätzt wird, was darauf schließen läßt, daß man es für notwen-
dig hält, die Armee so sehr zu verstärken, als man nur irgend

